

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug halbjährl. RM. 1.10. Postbez. monatl. Nachrechnung vorbehalten. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummern 15 Pfennig. Sonnabends 25 Pfennig. Wochenscheine: 1. Juni 1924. Reichsstraße 38. Für unregelmäßige Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Jm Folde: 708. Fern. (Einkauf) 11. Telek. 8. Anst. a. 11. Fern. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.



Anzeigenpreis Für den achteckigen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpfennige; für Chiffreanzeigen und Nachrechnungen 21 Goldpfennige. — Bei Anrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Diagonalschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummern sind berechnigt. — Zahlung der Anzeigen-Zinnehme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 62

Donnerstag, den 13. März 1924

164. Jahrgang

Es bleibt nur die Auflösung.

Berlin, 12. März. Wie in parlamentarischen Kreisen bekannt ist, hat der Reichstager die sozialdemokratische Fraktion wissen lassen, daß bei den Mehrheitspartei keine Koalition besteht, ihr die Auflösung des Reichstages durch einen von ihnen ausgehenden Antrag auf Heberung zur Tagesordnung über die Anträge der Opposition zu erleichtern; die Regierung habe aber trotzdem an der Absicht fest, den Reichstag aufzulösen und zwar vor Beginn der Spezialberatung über den Antrag und über die damit verbundenen Anträge, also lediglich mit der Begründung, daß eine Koalition der Regierung bei der später zu erwartenden Abstimmung bevorziehe. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich daher heute abend mit der Frage befassen, ob sie unter diesen Umständen nicht selber die Klärung herbeiführen darf. Ein freies Votum gegen das Kabinett Marx beantragt. Eine freie Abstimmung ist nach allem, was vorausgegangen ist, nunmehr völlig unmöglich.

Kein Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten gegen das Kabinett Marx.

Berlin, 13. März. Nach Beendigung der gestrigen Plenarsitzung hielt die Sozialdemokratische Fraktion noch in den letzten Abendstunden eine Fraktionsversammlung ab. Sie beschäftigte sich zunächst mit zwei getrennt kurz vor Schluß der Plenarsitzung im Reichstage eingebrachten Anträgen. Die Fraktion steht nicht nur dem Antrag der Koalitionsparteien, welche Einschränkung der Wahlvereinigungen in der Oberstufe fordern, ablehnend gegenüber, sondern wird auch dem von der Arbeiterpartei und vom Zentrum eingebrachten Antrag, die Wahl am 12. April vorzunehmen, keinesfalls ihre Zustimmung geben. Von einem Mißtrauensvotum der Partei gegen das Kabinett Marx, das in Erwägung gezogen war, hat die Fraktion Abstand genommen.

Mittwochs-Sitzung des Reichstages.

Am Regierungstische: Außenminister Dr. Stresemann, Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3.30 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. Dühringer (D. Sp.) eine Erklärung ab, wonach er mit seinen früheren Darlegungen einen persönlichen Vorwurf gegen Herrn v. Hammer nicht erheben wollte. Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und nimmt den Gesetzentwurf über hypothekarische Belastung von Reichsgrundbesitz in allen drei Stufen an. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Kraftfahrzeuggesetz-Verordnung, die der Reichstag ablehnt. Angenommen wird ein Gesetzentwurf, wonach die Änderung bei ungedruckten Weinen des Jahres 1922 bis zum 30. Juni 1924 nachgeholt werden kann. Die Steuerentordnung und das beste Gebot.

Abg. Effer (Ztr.) begründet nunmehr einen Antrag, der für Zulassung der 3. Steuerentordnung im bestellten Gebiet eintritt, damit die Maßnahmen, hauptsächlich die Erwerbslosenfrage, keine Unterbrechung erleidet. Die Fraktionsminister Dr. Kubler stimmt dem Antrag lebhaft zu, aber auch die Zulassung der 1. und 2. Steuerentordnung im bestellten Gebiet sei erforderlich. Der Antrag wird angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausprägung neuer Reichs-Silbermünzen zu 1, 2 und 3 Mark.

In einer Entschließung wird mit Rücksicht auf die Zahlungsmittelnot im bestellten Gebiet gefordert, daß die neuen Silbermünzen dorthin möglichst bald in größeren Mengen geschickt werden. Der Entwurf der 1. und 2. Steuerentordnung aller Anträge in der Ausprägung angenommen und zwar in zweiter und dritter Lesung, ebenso die Entschließung. Darauf wird in die zweite Beratung des Reichspostfinanzgesetzes eingetreten, durch das die Reichspostverwaltung selbständig gemacht wird.

Die Vertreter Bayerns und Württembergs erklären, daß sie sich der Vorlage gegenüber alle Rechte vorbehalten. Abg. Lang (Bayr. Sp.) lehnt den Entwurf ab. Abg. Henning (Döbl.) tritt für die Aufhebung der Ansprüche Bayerns und Württembergs ein, lehnt aber das Mitgelegenheit der beiden Länder ab. Abg. Andre (Ztr.) fordert, Bayern solle seine Überlegenheit im Reichstag nicht dazu benutzen, die Rechte der süddeutschen Staaten zu schmälern. Nach weiteren kürzeren Ausführungen wird die Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen mit dem Antrage der Deutschnationalen zu Paragr. 12, wonach die Beamten der Post Reichsbeamte sind.

Die Vorlage wird auch in dritter Lesung angenommen. Die Schlußabstimmung wird auf Donnerstag verschoben, da es sich um ein verfassungsrechtliches Gesetz handelt, zu dessen Annahme eine Zweidrittelmehrheit nötig ist. Es folgt die erste Beratung des Antrages der Deutschnationalen auf Abänderung des Artikels 180 der Reichsverfassung. Es wird darin gefordert, daß der jetzige Reichspräsident bis 30. Juni 1925 kein Amt bekleiden solle. Der Antrag geht dahin, diese Bestimmung aufzuheben und zu beschließen, daß gleichzeitig mit den Reichstagsmahlen die Neuwahl des Reichspräsidenten vorgenommen werden soll. Nach kurzer Empfehlung des Antrages durch den Abg. Schulz-Bromberg (Znatl.) gibt

Bislangiger Dr. Jarres eine Erklärung

ab, in der auf das Eingeworfene wird, daß der Reichspräsident wiederholt auf die Neuwahl gedrängt habe, schließlich sei aber beschließen worden, daß er sein Amt bis 30. Juni 1925 führen soll. Seitdem hat keine Umstände herbeigeführt, die plötzlich eine Aenderung notwendig machen könnten. Die Regierung könne nicht glauben, daß der Reichstag nun freundschaftlichen Willen wechseln wolle. Ganz ungeeignet erweise die Verbindung der Wahl des Reichspräsidenten mit den Reichstagsmahlen. Der Reichspräsident soll nach der Beendigung des Reichstages gegenüber eine unabhängige und selbständige Stellung einnehmen und den Reichspräsidenten nicht eintritt werden. Dabei sei auch keine Wahlperiode anders gelegt als die des Reichstages. Er werde auf sieben Jahre, der Reichstag nur auf vier Jahre gewählt. Die Reichsregierung bitte daher um Ablehnung des Antrages.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag wird in dritter Lesung angenommen und bis 15. Juni verlängert. Die Gesamtabstimmung findet am Donnerstag statt.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Schlußabstimmung: Antrag, den 12. April zum öffentlichen Anschlag zu erklären, für den aber 3/5 und 2/3 Mehrheit gefordert werden müssen; Antrag der Koalitionsparteien, die Reichstagsmahlen am 12. April stattfinden zu lassen; Antrag auf Einschränkung der Wahlvereinigungen während der Oberstufe (vom 13. bis 21. April sollen keine Wahlvereinigungen stattfinden); Anträge zum Ermächtigungsgesetz. Schluß nach 8 Uhr.

Im die Plänen.

Berlin, 13. März. Im Reichstag wird erwogen, das Diätengesetz dahin zu ändern, daß die freiberuflichen Abgeordneten anfangs bis acht Tage nach Schluß der Tagung bis zu den Neuwahlen gültig bleiben. Von einer Aufrechterhaltung der Pläne bis zu den Neuwahlen ist keine Rede. Nach der gestrigen Reichstagsung hielt die sozialdemokratische Fraktion noch eine Fraktionsversammlung ab. Sie lehnte den Antrag der Koalitionsparteien, der Einschränkung der Wahlvereinigungen während der Oberstufe fordert, ab, ebenso den Antrag der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums, die Wahl am 12. April vorzunehmen.

Gründung einer Nationalliberalen Vereinigung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 13. März. In Berlin ist gestern innerhalb der Deutschen Volkspartei eine Nationalliberale Vereinigung gegründet worden. Von den beteiligten Kreisen wird hierüber folgender Bericht ausgegeben:

In Berlin fanden sich am 12. März zahlreiche führende Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Deutschen Volkspartei zusammen. Eine Anrede wurde durch den Reichspräsidenten über die Politik der Partei gehalten. Auf einmütigen Beschluß wurde die Nationalliberale Vereinigung der Deutschen Volkspartei gegründet. Die Vereinigung will alle Parteimitglieder sammeln, die in nationaler, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht an den Grundgedanken der alten Nationalliberalen Partei festhalten wollen, wie sie dem Programm der Deutschen Volkspartei vom Jahre 1920 zugrunde gelegt sind. Insbesondere soll auf die Einstellung der Deutschen Volkspartei in der Richtung einer Kraft nationalen, antimarxistischen Politik eingewirkt werden. Der Beschluß der Reichstagsfraktion vom 12. Januar 1924, daß der Deutschen Volkspartei die Aufgabe erwachse, eine Koalition aus der Mitte nach rechts anzustreben, muß in klarer und unabweisbarer Weise nachdrücklich zu einer einheitlichen Politik der Gesamtpartei im Reich und in Preußen werden.

Wie verlautet, geht die Gründung dieser Vereinigung hauptsächlich aus von Kreisen der Schwerindustrie und von führenden Abgeordneten des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei. Es wird betont, daß nicht die Absicht bestehe, innerhalb der Partei eine Sondergruppe zu bilden, daß vielmehr die Gründung der Vereinigung, welche, freile, die Kraft von der Partei nach rechts abzuweichen würden, zu halten.

Einkerbung des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 13. März. Wie gemeldet wird, ist der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei am Sonnabend, den 15. März, vormittags nach Berlin einberufen worden, um zu der Gründung der Nationalliberalen Vereinigung der Deutschen Volkspartei Stellung zu nehmen.

Fünfpfennigprozentige Gehaltsaufbesserung.

Wie wir hören, wird die Neuregelung der Beamtenegehälter sich nicht so günstig gestalten, wie man bisher annahm. Es ist wahrscheinlich nicht mit einer Erhöhung der Bezüge um 20 v. H. zu rechnen, sondern nur mit einer Erhöhung der Grundgehälter um 10 v. H. und mit einer weiteren Erhöhung des Ortszulages, so daß die Gesamt-aufbesserung etwa 15 v. H. der jetzigen Gehälter betragen dürfte.

Wenn diese Erhöhung in Kraft tritt, heißt noch nicht fest, doch ist anzunehmen, daß die Finanzen des Reiches es möglich machen werden, daß die neuen Sätze bereits am 1. April in Kraft treten.

Die Goldkreditbank.

Man schreibt uns von sachkundiger Seite: Dem Reichstag ist nunmehr eine Gesetzesvorlage ausgegangen, die die Gründung einer Goldkreditbank unter dem Namen „Deutsche Goldkreditbank“ vorschlägt. Aus dem vorliegenden Gesetzestext ist der Zweck und die Wirklichkeit der neuen Goldkreditbank ersichtlich. Auf eine kurze Formel gebracht, wird die Bank durch die von ihr ausgegebenen Noten den Zweck haben, durch Rekonstruktion bei der Bank von England Kredite aufzunehmen, die die deutsche Produktion annehmen sollen. Der inländische Devisenbesitz, der zum Teil noch in den Reservefonds druck liegt, soll mit Hilfe der Goldnoten mobilisiert werden, die deutschen Guthaben im Ausland sollen durch die hohe Verzinsung (8%) angezogen werden, in die Heimat zurückzuführen und gleichfalls die deutsche Produktion zu befördern. Man kann auf den ersten Blick mißtrauisch sein, da es sich um die Vergebung eines neuen Notenausgaberechts handelt, man könnte meinen, daß hier eine neue Inflation zustande kommt. Aber diese Befürchtungen sind aus zweierlei Gründen nicht gegeben. Einmal darf während der Dauer des Notenausgaberechts der Deutschen Goldkreditbank kein Notenausgaberecht an Banken erteilt werden, die ein solches Recht z. B. des Inkrafttretens des Gesetzes über die deutsche Goldkreditbank nicht besitzen. Zum anderen handelt es sich ja darum, mit Hilfe der Deutschen Goldkreditbank Kredite für produktive Zwecke zu bekommen, die Goldnoten der Deutschen Goldkreditbank werden also sehr bald durch eine vermehrte Produktion untermauert werden. Und drittens darf die Bank keine Kredite an die öffentlich-rechtlichen Verbände geben, im Gegenteil, die einsetzende gesteigerte Produktion wird eher die Ausgaben-seite der öffentlichen Einnahmen, da eine größere Produktion günstig auf den Arbeitsmarkt wirkt, die Gelder für Arbeitslosenunterstützung also vermindert.

An der Bank ist zwar ausländisches Kapital beteiligt, aber die Geschäftsleitung liegt ausschließlich in den Händen der Reichsbank zu diesem Zweck wird deshalb das Bankgesetz gleichfalls abgeändert werden. Es wäre vielleicht besser gewesen, die auszugehenden Goldnoten auf Dollar zu basieren, statt auf englische Pfund. Die englische Währung ist doch nicht so stabil, und man wird sich noch deutlich erinnern, als das Kabinett Baldwin im Herbst vorigen Jahres mit dem Gedanken spielte, eine leichte Inflation herbeizuführen, um der Arbeitslosigkeit in England und dem Balkanabstumpfung der niederaltarischen Länder zu steuern. Wenn man trotzdem die Pfundbasis gewählt hat, so handelt es sich hier offenbar um eine Freundlichkeit gegenüber den englischen Kreditgebern. England benutzt natürlich gern jede Gelegenheit, um die beiden neuen Weltfinanzplätze, New York und Amsterdam, auszufuchteln. Man wird auch gegen diese neue Zinsfremdung in Form der Goldkreditbank Bedenken erheben, aber wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, der Wirtschaft muß geholfen werden. Sicherlich wäre es das Beste gewesen, wenn wir sofort an die endgültige Goldwährungsreform hätten herangehen können, aber hier werden sicher noch Überlegungen kommen, dazu wird man zurückgekehrt werden. Die Fragen der Schiffahrt werden fortan von der bisherigen Abteilung Ein- und Ausfuhrfragen, Zollwesen, mit behandelt, während für Fragen der Binnen-sicherheit fortan das Reichsverkehrsministerium zuständig sein wird.

Der Gesetzentwurf sieht eine Einlösungspflicht der Noten der Deutschen Goldkreditbank vor. Der Notenumlauf soll mindestens zu 50% in Gold oder kurzfristigen Devisen gedeckt, die übrigen 50% in diskontierten, auf ausländische Währung effektiv lautenden Wechseln und Schecks. Man darf die Goldnoten nicht etwa gleichfalls mit Devisen, wenn sie auch in Wirklichkeit einen Devisencharakter darstellen, denn sie sind ausdrücklich nicht ausländische Zahlungsmittel im Sinne der Devisengesetzgebung. Die Noten der Deutschen Goldkreditbank stellt sich demnach als nichts anderes dar, als eine Anweisung auf die Noten der Bank von England, Devisen auf London und Schecks auf New York. Natürlich hätte die Deutsche Goldkreditbank in dem Augenblick zu verschwinden, wo wir eine endgültige deutsche Goldwährungsreform haben. Ueber den Weg, wie die jetzt ausgegebenen Goldnoten von den endgültigen deutschen Goldnoten aufgekauft werden, verhandelt der Reichspräsident Dr. Schacht augenblicklich in Paris.

Der Abban im Reichswirtschaftsministerium.

Berlin, 13. März. Wie die „D. Z.“ hört, ist die Ab-teilung 4 des Reichswirtschaftsministeriums (Schiffahrtswesen) aufgelöst worden. Die Fragen der Schiffahrt werden fortan von der bisherigen Abteilung Ein- und Ausfuhrfragen, Zollwesen, mit behandelt, während für Fragen der Binnen-sicherheit fortan das Reichsverkehrsministerium zuständig sein wird.

Ende des Solinger Generalarrests.

Solingen, 13. März. Der Generalarrest ist nun beendet, nachdem verschiedene Streitende, infolge der dabei vorgenommenen Ausfahrungen zu harten Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.

Alsbach legt die Verteidigung Jeiners nieder. Nachdem schon vor einiger Zeit der Leipziger Rechtsanwalt Dr. Graf die Verteidigung seines Parteigenossen Dr. Jeiners in dem am Freitag anstehenden Parteitagungsprozess niedergelegt hat, ist, wie aus Berlin gemeldet wird, jetzt unmittelbar von dem Reichspräsidenten Dr. Jeiners von der Verteidigung zurückgetreten.

u idom
erlegt
nd als
der
idigt
auf z
hahns
in Ge
Bande
Amster
erfolg

s rat
v. d. S.
April
adische
bisher
ollen
werden.
ung er
zessens

be von
frisch
redente
erichte,
ne und
er nicht
en, wo
sich mi.
Potenz
überber
verfügt
Wort
Fort
s heute

erfahrt
er hat
Jahres
schritt.
er ratio
ne ganze
nicht

Sehr
dieser
er aus-
st es
taining,
er, und
e eben
Motor-
is und

B. ein
e hin-
eines
n erher
u
swieten,
er Be-
Etra-
über-
er in
n, die
e eben
od e
n, sin-
n Pei-
nen.
Ueber-
e-Win-
t hat.
ann,
ommen,
n Jahr
eit der
n fest

e Ent-
erleite
erliche
99.
lawort

nd in
aus
fiter
d af
e-Rich-
er am
durch
müß
erneut

ie be-
Ant-
drend
Merse-
noch
Golle.

Dalle
eine
ntung
Eger
ort r
n 23.

das
n die
rigen
schaffen
nähme
en!

ulver
atische
braucht

Gründe für diesen im gegenwärtigen Stand der Dinge immerhin überhöhten Schritt sind nicht angegeben worden. Die Berechtigung jenseits ruht also nur noch in den Händen des Reichspräsidenten Max Baumbach.

Kommunistischer Oberkampf am Bismarckbündler.

Berlin, 13. März. Mächtig das dritte Verbereden, der am Mittwoch von der Bismarckbündler der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltet wurde, kam es zwischen einer Anzahl der Teilnehmer, die in kleinen Gruppen anwesend waren, zu einer heftigen Schlägerei mit Gewehrkugeln. Als Fahnenträger und die Fahnengründer der Ortsgruppe 3 (Weinbad) in die Schützenhalle einströmten, wurden sie von Mitgliedern der kommunistischen Jugend überfallen. Die Angegriffenen aber leisteten sich Kräfte zur Wehr und auch die Kommunisten trugen Blauzecke davon. Zwei Bismarckbündler hatten durch Verletzungen zu erheblichen Verletzungen davongetragen, daß sie im Auto nach dem Krankenhaus geschafft werden mußten.

Eine Explosion in der Badischen Anilinfabrik.

Ludwigshafen, 12. März. Eine schwere Explosion ereignete sich heute um die Mittagsstunden in dem Werk Opatow der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Eine schwere Gasentzündungsmaschine, ein sogen. Generator, lag in die Luft. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß die Sprengtische mehrere hundert Meter weit geschleudert wurden. Einer der deutschen Genossen, die sich zum Schutze des Betriebes gegen die Demonstration in dem Werk befinden, wurde verletzt. Diese Explosion zeigt, welchen Gefahren die Anilinfabrik zur Zeit bildet, daß die Arbeitskräfte durch die Separatisten und Syndikalisten mit Gewalt gezwungen wurden, die Betriebe sofort zu verlassen, sobald es ihnen nicht mehr möglich war, die Betriebsrisiken zu tragen.

Die Lage ist dadurch noch verschärft worden, daß von den kommunistischen Anführern die Verhaftungserhaltung der lebensfähigen Betriebe vollständig abgelehnt ist. Dadurch besteht die Gefahr, daß, wenn die Kohlen- und Kleinfabrik in den nächsten Tagen vollständig zum Erliegen kommt, drei Monate vergehen würden, ehe sie wieder in Gang gesetzt werden könnten.

Die Memel-Götting der Döckerbundes.

Genf, 13. März. Die von der Memelkommission des Döckerbundes, mit der litauischen Delegation verabredete Regelung für das Memelgebiet, die gestern dem Tage vorgelegt wurde, bezeichnet das Memelgebiet als autonomes Gebiet, dem ein von der litauischen Regierung ernannter Gouverneur vorsteht. Dieser Gouverneur ernimmt wiederum ein Direktorium aus fünf eingetragenen Memeler Bürgern. Dieser Memel-Regierung liegt die Verwaltung des Gebietes, die Rechtsprechung, das Steuer- und Polizeiwesen aus. In rechtlicher Beziehung sind die Memelbewohner denjenigen von Litauen völlig gleichgestellt. Der Hafen von Memel und der Memelstrom werden internationalisiert. Niemand erhält besondere Vorrechte, auch Polen nicht. Der Transitverkehr, einer der beiden Hauptfragen zwischen Polen und Litauen, wird nach dem Vereinbarungen in Barcelona geregelt. Für die Streitigkeiten ist der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag zuständig.

Der Bericht der Sachverständigen.

Mailand, 13. März. Die der Scuola" erzählt, hat das interalliierte Sachverständigenkomitee in Paris einen Plan ausgearbeitet für die Festlegung der Höchstsumme, die Deutschland für seine Gläubiger aufrufen könne, ferner für eine möglichst geringe Einmischung in die deutschen Angelegenheiten und für mögliche Bewegungsfreiheit Deutschlands bei der Aufbringung seiner Zahlungen. Ferner soll eine Einmischung in die Angelegenheiten der Wirtschaftslage als Garantie für die Gewährung einer internationalen Goldanleihe erreicht worden sein.

Dr. Schacht vor dem Währungsaußschuß.

Paris, 13. März. Der Währungsaußschuß des ersten Sachverständigenkomitees hat gestern von 11 bis 1 Uhr mit Dr. Schacht verhandelt. Am Nachmittag ist Dr. Schacht von neuem vor dem Ausschuß erschienen. Diese Aussprache dauerte zwei Stunden. Heute nachmittag um 5 Uhr ist eine weitere Zusammenkunft verabredet worden. Wahrscheinlich dürfte der Reichsbankpräsident Paris dann am Abend verlassen.

Gestern nachmittag ist auch der Interzession für Bundesfragen aufgenommen und hat seine Arbeiten fortgesetzt. Das erste Komitee verhandelte sich um 4 Uhr zu einer Plenarsitzung, in deren Verlauf ein besonderer Ausschuß zur Prüfung des Schlußberichts ernannt wurde. Dieses Komitee besteht aus Mitgliedern des Reichsbankpräsidenten, Stus und Young.

England wird ungeduldig.

London, 12. März. Der diplomatische Vertreter der "Reichsmittler Gazette" bestätigt, die Regierung habe jetzt erste Bedenken über einen neuen Terrorismus in der Welt erhalten. Es sei höchste Zeit, daß der juristisch gebildete Interzession die Sachlage ungeschönt prüfen könnte. Die Regierung wird im Unterhaus Gelegenheit erhalten, zu den französischen Bedenken die Untersuchung möglichst einzuschärfen und Schritte zu machen, Stellung zu nehmen.

Frankreichs weittragende Geschäfte — eine englische Sorge.

Paris, 12. März. Der Abgeordnete für Birmingham, Gannon, verhandelte Samstag Macdonald, daß er im Unterhaus eine Anfrage über folgende drei Punkte einbringe:

1. Wasog sich die in dem Briefwechsel mit Weimarer gemachte Anspielung betr. Kationen in Westfrankreich auf weittragende Kationen, von denen man behauptet, daß sie an zwei Punkten der französischen Küste aufgestellt seien?
2. Hat die englische Regierung über den Stand dieser Kationen genaue Mitteilung?
3. Will der Staatssekretär des Außen der französischen Regierung in dieser Angelegenheit eine offizielle Mitteilung zukommen lassen?

Frankreichs Heilspiegelhererei.

London, 12. März. Der Berliner "Times"-Vertreter sagt, die Aufnahme der Note über die Militärkontrolle könnte den Eindruck erwecken, Deutschland hat sehr viel zu verheimlichen. Der Eindruck wäre tatsächlich falsch, als nämlich feststellend könnte gelten, daß Deutschland heute ganz aufrichtig sei, einen Heilspiegel zu führen, und daß es sich eine aktive Rolle im Weltgeschehen und die geringsten Aussicht auf Erfolg zu beginnen, und das, was auch jedenfalls die Ansicht General Bingham's.

Frankreichs Heilspiegelhererei.

London, 12. März. Der Berliner "Times"-Vertreter sagt, die Aufnahme der Note über die Militärkontrolle könnte den Eindruck erwecken, Deutschland hat sehr viel zu verheimlichen. Der Eindruck wäre tatsächlich falsch, als nämlich feststellend könnte gelten, daß Deutschland heute ganz aufrichtig sei, einen Heilspiegel zu führen, und daß es sich eine aktive Rolle im Weltgeschehen und die geringsten Aussicht auf Erfolg zu beginnen, und das, was auch jedenfalls die Ansicht General Bingham's.

Die Ermächtigungsgesetze vom Finanzaußschuß abgelehnt.

Paris, 13. März. In der Finanzkommission des Senats verlas gestern der Berichterstatter Senator Berenger den Generalbericht. Wie aus dem Bericht zunächst hervor geht, sieht die Kommission Erparnisse im Betrage von einer Milliarde Franc von dem für dieses Jahr vorgesehenen Budget von 130 Milliarden (gegenüber dem Budget von 130 Milliarden mehr, als die von der Kammer bereitgestellten Entwürfe in Aussicht stellten. Berenger stellt in dem Bericht auch weiter fest, daß die budgetäre Lage Frankreichs sehr kritisch ist. Die Staatsfinanzen haben im Laufe des Jahres 1923 nur um 20 Milliarden vermehrt. Dieser Betrag erreichte nicht die Höhe der während des letzten Jahres zu wieder aufzubauen verminderten Summen. Zum Schluß wird aber in dem Bericht erneut und in unabweisbarer Weise die Absicht zum Ausdruck gebracht, die Ermächtigungsgesetze um jeden Preis zu verwerfen. Dazu kommt die Ablehnung des Streichholzmonopols. Berenger hält ferner folgende drei Maßnahmen zur Wiederaufrichtung der französischen Finanzen für geboten:

1. Einführung der deutschen Beträge zu den Reparationen;
2. Erfüllung der ausstehenden Schuldverpflichtungen Frankreichs;
3. Konfolidierung der schwebenden Schuld.

Die französische Regierung gegen den Lebensmittelwucher.

Paris, 13. März. Das Ministerium des Innern und das Landwirtschaftsministerium haben eine Berichtigung erteilt, in der es heißt, daß die Prästen Frankreichs angegriffen worden seien, gegen die Lebensmittelwucher mit äußerster Strenge zu verfahren.

Das Hilfsberolle Amerika.

New York, 13. März. Amerikanische Bankiers unter Führung des Hauses Morgan haben einen Kredit von 100 Millionen Dollars an die Bank von Frankreich bewilligt.

Holländische Kundgebung für den freien Rhein.

Rotterdam, 13. März. Dem Rotterdammer "Nieuws" zufolge, wird gegen die seit dem Einbruch in der Ruhr eingeführten Zoll- und Kontrollmaßnahmen und die entsprechende Behinderung der freien Abreisefreiheit von holländischen Schiffahrtinteressen eine großartige Aktion für den freien Rhein vorbereitet. Der Bürgermeister von Rotterdam hat bereits eine Organisation für diese Kundgebung eingeleitet. Es wird beabsichtigt, sämtliche aller grundständigen Aufrechterhaltung des Manubelmer Abreisefreiheit interessierten Mächte zur Teilnahme an dieser Kundgebung einzuladen.

Bevorstehende Einigung des Papstes und der italienischen Regierung?

London, 12. März. Der "Daily Express" will von einer Regierung folgende sein: Die italienische Regierung überläßt dem Vatikan den Befehl, die Kirchen zu schließen und baut auf eigene Kosten einen Palast oder eine Reihe von Häusern zur Unterbringung des Kardinalkollégiums. Der heilige Stuhl übergibt der italienischen Regierung die augenblicklich zurzeit liegenden Wohnungen der Kardinal.

Mussolini kündigt eine große politische Rede an.

Paris, 12. März. Mussolini wird am nächsten Freitag tag vor dem Ministerrat wichtige Erklärungen über die auswärtige Politik abgeben.

Gegen polnisch-französische Lendelmilgen.

Berlin, 13. März. Gegenüber polnisch-französischen Tendenzen über angeblich Handelsabmachungen von Polen in Deutschland wird von zünftiger Stelle auf Grund einmündiger Feststellungen mitgeteilt, daß es sich bei sämtlichen Verhandlungen um deutsche Weisungsangebringe handelt, die dringend verabsichtigt sind, einer in Volnhin-Dersichtlichen bestehenden Geheimorganisation anzugehören, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den bei Deutschland verbleibenden Teil Oberösterreichs gemeinsam von Deutschen, Ungarn und mit Polen zu vereinigen. Alle Nachrichten, die über Drangsalierungen und Mißhandlungen der Verhafteten verbreitet wurden, sind nachweislich unwahr. Das Verfahren gegen die Verhafteten dauert zur Zeit vor dem Reichsgericht. Auch die Meldungen, daß die Verhafteten in das bereits endgültig aufgelöste Internierungslager Grottau überführt worden seien, ist frei erfunden. Tatsächlich befinden sich nur 3 Personen in Haft. Die Aufregung, die von nationalfiktiven Elementen in Polen hervorgerufen wird und die bereits wieder zu der üblichen Deutschenheim mit Massendemonstrationen und Repressalienforderungen geführt hat, ist bemängelt nach seiner Richtung gedreht.

Griechenland erkennt die Sowjetunion an.

Berlin, 12. März. Am 8. März ist in Berlin zwischen dem Geschäftsträger der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und dem griechischen Gesandten ein Patentvertrags über die jure Anerkennung der Sowjetregierung erfolgt. Die diplomatischen Beziehungen werden unverzüglich wieder aufgenommen, und es erfolgt die Ernennung von Gesandten. In aller nächster Zeit werden in Moskau zwischen dem Volkskommisariat des Außen und dem neuen griechischen Gesandten Beratungen über alle Fragen, die sich auf die griechisch-russischen Beziehungen beziehen, beginnen.

Aus Stadt und Umgebung

Die Reichsrichtstahl

für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 10. März, auf das 1,060millionsache der Vorjahreszeit; ist also gegenüber der Vorwoche unverändert geblieben. Die auf den Ertrag des 11. März berechnete

Wann gehe ich ins Hallische Stadttheater?

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerst.	Freitag	Sonnab.	Sonntag
			Marquis de Reith	Kindertropfen	Die Weibersinger	Der letzte Kaiser

Wann gehe ich ins Hallische Stadttheater?

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerst.	Freitag	Sonnab.	Sonntag
			Marquis de Reith	Kindertropfen	Die Weibersinger	Der letzte Kaiser

Theater-Berlin Westberg.

Der Kammermusikabend von Mitgliedern der chemaligen Deffauer Hofkapelle Kapellmeister Alfons Mourot (Klavier), Kammermusiker Franz Blumtritt (Klarinette), Koncertmeister H. Puppstedt (Violoncello), kann in dieser Woche leider nicht stattfinden und zwar am Freitag abends 7 1/2 Uhr im "Schloßgarten". Weitere Konzertvorträge werden später angelegt werden. Diejenigen Mitglieder, welche für Sonnabend bereits Karten gelöst haben, werden gebeten, diese entweder gegen Karten für Freitag umzutauschen, oder sie in der Buchhandlung des Herrn Bousch zurückzugeben. Karten zu 1 Mark, Nichtmitglieder 1,50 Mark für Freitag darf man alle Kaufleute.

Die Wandere-Berlin bringen laut Anzeige Prozentige Doppel-Zollgebühren zur Auslage.

Der Königin Luise-Bund (Ortsgruppe Westberg) veranstaltete am gestrigen Abend im großen Saale des "Zivoll" eine großartige Luise- und Bismarckfeier, die zu einer außerordentlich nationalen Veranstaltung wurde. Eingeleitet wurde der Abend durch den alten "Hohenfriedberger", die Kapelle des heiligen Dreifaltigkeitens mit Schiedelstele, daß die Luise am liebsten im Jahr markiert werden. Unter den Klängen des Präzidenten-Marsches wurden dann die Fahnen und Banner der amenden nationalen Vereine eingebracht. Nach einem Prolog begrüßte Frau Prof. Wedding S. Cz. General d. Inf. Dr. h. c. Freiherrn von Freitag S. Vorigen und die reichlich erschienenen Gäste. Es w. Freitag-Darstellungen — als die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen. Er ging davon aus, daß Bismarck auf dem Boden der Freiheitstrie herangewachsen ist und zeigte, wie er unter der schwandenden und unerschütterlichen Politik Friedrich Wilhelm IV. zu kämpfen hatte. Immer von dem Zeitgeist gelehrt, wie Deutschland zur Einigung gebracht und wie die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen. Er ging davon aus, daß Bismarck auf dem Boden der Freiheitstrie herangewachsen ist und zeigte, wie er unter der schwandenden und unerschütterlichen Politik Friedrich Wilhelm IV. zu kämpfen hatte. Immer von dem Zeitgeist gelehrt, wie Deutschland zur Einigung gebracht und wie die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen.

Der Abend wurde durch den alten "Hohenfriedberger", die Kapelle des heiligen Dreifaltigkeitens mit Schiedelstele, daß die Luise am liebsten im Jahr markiert werden. Unter den Klängen des Präzidenten-Marsches wurden dann die Fahnen und Banner der amenden nationalen Vereine eingebracht. Nach einem Prolog begrüßte Frau Prof. Wedding S. Cz. General d. Inf. Dr. h. c. Freiherrn von Freitag S. Vorigen und die reichlich erschienenen Gäste. Es w. Freitag-Darstellungen — als die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen. Er ging davon aus, daß Bismarck auf dem Boden der Freiheitstrie herangewachsen ist und zeigte, wie er unter der schwandenden und unerschütterlichen Politik Friedrich Wilhelm IV. zu kämpfen hatte. Immer von dem Zeitgeist gelehrt, wie Deutschland zur Einigung gebracht und wie die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen.

Der Abend wurde durch den alten "Hohenfriedberger", die Kapelle des heiligen Dreifaltigkeitens mit Schiedelstele, daß die Luise am liebsten im Jahr markiert werden. Unter den Klängen des Präzidenten-Marsches wurden dann die Fahnen und Banner der amenden nationalen Vereine eingebracht. Nach einem Prolog begrüßte Frau Prof. Wedding S. Cz. General d. Inf. Dr. h. c. Freiherrn von Freitag S. Vorigen und die reichlich erschienenen Gäste. Es w. Freitag-Darstellungen — als die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen. Er ging davon aus, daß Bismarck auf dem Boden der Freiheitstrie herangewachsen ist und zeigte, wie er unter der schwandenden und unerschütterlichen Politik Friedrich Wilhelm IV. zu kämpfen hatte. Immer von dem Zeitgeist gelehrt, wie Deutschland zur Einigung gebracht und wie die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen.

Der Abend wurde durch den alten "Hohenfriedberger", die Kapelle des heiligen Dreifaltigkeitens mit Schiedelstele, daß die Luise am liebsten im Jahr markiert werden. Unter den Klängen des Präzidenten-Marsches wurden dann die Fahnen und Banner der amenden nationalen Vereine eingebracht. Nach einem Prolog begrüßte Frau Prof. Wedding S. Cz. General d. Inf. Dr. h. c. Freiherrn von Freitag S. Vorigen und die reichlich erschienenen Gäste. Es w. Freitag-Darstellungen — als die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen. Er ging davon aus, daß Bismarck auf dem Boden der Freiheitstrie herangewachsen ist und zeigte, wie er unter der schwandenden und unerschütterlichen Politik Friedrich Wilhelm IV. zu kämpfen hatte. Immer von dem Zeitgeist gelehrt, wie Deutschland zur Einigung gebracht und wie die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen.

Der Abend wurde durch den alten "Hohenfriedberger", die Kapelle des heiligen Dreifaltigkeitens mit Schiedelstele, daß die Luise am liebsten im Jahr markiert werden. Unter den Klängen des Präzidenten-Marsches wurden dann die Fahnen und Banner der amenden nationalen Vereine eingebracht. Nach einem Prolog begrüßte Frau Prof. Wedding S. Cz. General d. Inf. Dr. h. c. Freiherrn von Freitag S. Vorigen und die reichlich erschienenen Gäste. Es w. Freitag-Darstellungen — als die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen. Er ging davon aus, daß Bismarck auf dem Boden der Freiheitstrie herangewachsen ist und zeigte, wie er unter der schwandenden und unerschütterlichen Politik Friedrich Wilhelm IV. zu kämpfen hatte. Immer von dem Zeitgeist gelehrt, wie Deutschland zur Einigung gebracht und wie die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen.

Der Abend wurde durch den alten "Hohenfriedberger", die Kapelle des heiligen Dreifaltigkeitens mit Schiedelstele, daß die Luise am liebsten im Jahr markiert werden. Unter den Klängen des Präzidenten-Marsches wurden dann die Fahnen und Banner der amenden nationalen Vereine eingebracht. Nach einem Prolog begrüßte Frau Prof. Wedding S. Cz. General d. Inf. Dr. h. c. Freiherrn von Freitag S. Vorigen und die reichlich erschienenen Gäste. Es w. Freitag-Darstellungen — als die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen. Er ging davon aus, daß Bismarck auf dem Boden der Freiheitstrie herangewachsen ist und zeigte, wie er unter der schwandenden und unerschütterlichen Politik Friedrich Wilhelm IV. zu kämpfen hatte. Immer von dem Zeitgeist gelehrt, wie Deutschland zur Einigung gebracht und wie die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen.

Der Abend wurde durch den alten "Hohenfriedberger", die Kapelle des heiligen Dreifaltigkeitens mit Schiedelstele, daß die Luise am liebsten im Jahr markiert werden. Unter den Klängen des Präzidenten-Marsches wurden dann die Fahnen und Banner der amenden nationalen Vereine eingebracht. Nach einem Prolog begrüßte Frau Prof. Wedding S. Cz. General d. Inf. Dr. h. c. Freiherrn von Freitag S. Vorigen und die reichlich erschienenen Gäste. Es w. Freitag-Darstellungen — als die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen. Er ging davon aus, daß Bismarck auf dem Boden der Freiheitstrie herangewachsen ist und zeigte, wie er unter der schwandenden und unerschütterlichen Politik Friedrich Wilhelm IV. zu kämpfen hatte. Immer von dem Zeitgeist gelehrt, wie Deutschland zur Einigung gebracht und wie die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen.

Der Abend wurde durch den alten "Hohenfriedberger", die Kapelle des heiligen Dreifaltigkeitens mit Schiedelstele, daß die Luise am liebsten im Jahr markiert werden. Unter den Klängen des Präzidenten-Marsches wurden dann die Fahnen und Banner der amenden nationalen Vereine eingebracht. Nach einem Prolog begrüßte Frau Prof. Wedding S. Cz. General d. Inf. Dr. h. c. Freiherrn von Freitag S. Vorigen und die reichlich erschienenen Gäste. Es w. Freitag-Darstellungen — als die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen. Er ging davon aus, daß Bismarck auf dem Boden der Freiheitstrie herangewachsen ist und zeigte, wie er unter der schwandenden und unerschütterlichen Politik Friedrich Wilhelm IV. zu kämpfen hatte. Immer von dem Zeitgeist gelehrt, wie Deutschland zur Einigung gebracht und wie die Luise im Jahre 1810, Bismarck und wir" zu predigen.

Union-Theater

Hallesche Straße 26.

Freitag, den 14., bis Montag, den 17. März 1924,

So sind die Männer

und — so sind die Frauen!

Heute wieder lustig!

König Luтик, Jérôme Bonaparte, den eine Raune seines großen Bruders Napoleon auf den von ihm getöteten Thron von Westfalen hob, die er fette alle Leichen an, den die Cossaken spöhtlich den „Verkules von Wilhelmshöhe“ nannten, ein Frau e n g a g e r gefährlicher Art, wird von **Paul Heidemann** in ihm die Verliebtheit in alle schönen Augen — ichneuen Weine gern zutraut und seinen darin völlig aufgehenden „Regierungsorganen“ amüsiert zuzuhat.

Harry Liedtke (Georg v. Meltingen, Kurier des Kaisers Napoleon) der unritterliche Lieb-ling aller Damen, hat mit seinem unvorhersehblichen (schelmischen) Köhlein ein Mädel erobert. Um allen Kleinessen ein Ende zu machen, heiratet er es vom Fleck weg. Aber ihr unbändiger Trost ärgert ihn wohlfühnig. Vor Wut kochend, muß er mit ansehen, wie König Luтик von seinem „königlichen Recht“ auf den Besitz ihrer weiblichen Reize Gebrauch machen will. Daraus ergibt sich eine Fülle pikanteser Situations-Komik. — Ueber der reizvollen Handlung liegt lichtdurchstautes Sonnengold.

Wichtig sind die hübschen Men-schen die in prächtigen Kostümen und labellerlosiger Figur das Auge erfreuen.

Jacob Liedtke als Jeremias v. Kagenellenbogen, König Luтик's Lustjägermeister. Seine beiden Nichten: Antonia Dietrich, der Tropf-kopf-Charlotte, der, um den Werten zu ärgern, ein ge-fährliches Spiel mit König Luтик treibt. Loni Nest als Helotte, die Schwester Charlottes. Alice Bedy als Bauer-nädel, das zur



So sind die Männer

— und so sind die Frauen

Kgl. Tänzerin ausgebildet werden soll. Kurt Despermann, der Extra-polliton Florian Wunderlich. Egon v. Hagen als Napoleon Bonaparte.

Sonnenlicht überflutet die schönen Landschaften und prächtvoll beschatteten Villen von Wilhelmshöhe. Farbige bewegte Schattenspiele, gemütschlich-frohge-säch-verhaltenen, v. alten Zeiten raumende Baum, Hecken u. Gartenzäune nehmen durch ihre Reize ge-sangen.

Mit behaglichem Schwünzeln verfolgt man die liebenswürdige Erotik, die in ansprechendem Sinne und ohne Verhehlen die Abenteuer der Herren und Damen vom Hofe anstellt, eine Erotik, die auch in der garten Weichheit und kühlen Temung bildlich zum kanzonvollen Ausdruck gebracht wird. Ein glänz. Ausstattungs- und Kostüm-film und — was ebenfalls sagen will — **Paul Heidemann u. Harry Liedtke!**

Auf der Bühne:

Anfang 5 1/2, und 8 Uhr — Sonntag 4 Uhr!

Sonntag, den 16. März nachmittags 2 Uhr:
Jugend-Vorstellung mit Prinz Elfein, Unheimliche Geschichten, Die Hartobagy - Pußta u. Wochenschau Nr. 5.

Verein z. Hebung der Geflügelzucht
für Merseburg und Umgegend.

Definitiver Vortrag
im „Neuen Schützenhaus“ in Merseburg über das gefasste Bescheid der Geflügelzucht unter Mitwirkung des Landwirtschaftsamtmeisters d. Provinz Sachsen und zwar:

Donnerstag, den 13. März, 8. Uhr abends, über:
„Bedeutung u. zukünftige Gestaltung der Geflügelzucht“ (Rasse-, Leistungs-herbuzucht, Fütterung).

Vorlesen: Direkt. Zimmer, Leiter der Lehr- u. Versuchsanstalt Gröblich.
Alle Geflügelzüchter u. Freunde unv. Sache laden wir hierzu freundlich ein.

Der Vor- and. **Der Vor- and.**

Ein Futtereiweiss
zu verkaufen (Büchenort) Grubenwohnung Nr. 3

Reisender
zum Verkauf der Privat-handfahrt (nur aus der Provinz) gefucht bei guten Verwendungs-mögl. la. Kollektion

Arthur Rippe,
Lottis, Wallstraße 24

Esel
mit Wagen
billig z. vert.
Otto Steinbock, Papst,
Leipziggürtel 80.

Vereinigte Theater
Programm von Freitag bis Montag.

Kammer-Lichtspiele:
Aus den Tagen Buffalo Bills.
4. Teil: **Auf dem Kriegspfade.**
Gewaltiger Sensations- und Abenteuer-Film in 6 Akten, Fabelhafte Verfolgungsszenen zu Pferde und Wagen, prächtvolle Landschaftsbilder und Jagdszenen.

Es leuchtet meine Liebe!
Schauspiel in 5 Akten von K. Meißner.
Es leuchtet meine Liebe / In ihrer dunklen Pracht, Wie ein Märchen, traurig und trübe / Erzählt in der Sommernacht...
H. Heine.

Moderne Theater:
Der Weltmarkt
Gewaltiges wichtiges Drama in 6 Akten zwischen Wolken und Gletschern mit Albert Steiner, Majd, Christians.

Das Kind muß doch 'nen Vater haben
Tolles Lustspiel in 3 Akten mit dem beliebtesten Humoristen
Curt Vespermann.

Anf. 5 u. 7 1/2 Uhr. Sonntags 3 Uhr: gr. Jugend-Vorstellung

Es liegt auf der Hand

daß das köstlicher Schwarzbier ein altbewährtes Nähr- und Kraftmittel ist, denn obige Menge bezieht 600 Kalorien, 1/2 Liter oder rund 3000 Bismilligramm gehören dazu, um einen halben Liter dieses altberühmten Bieres herzustellen.

Köstritzer Schwarzbier
sollte auf keinem Familientisch als tägliches Getränk fehlen. 1 Liter 30 Pfennig.

Aufträge erbitten: Carl Schmidt, Bier-großhandlung, Hussatzenburg 10, Fernsprecher 369. Bernhard Dehlinger, Biergroßhandlung, Oberburgstr. 9, Fernsprecher 374.

Zu haben in allen Flaschenbierhandlungen. Das altberühmte Köstritzer Schwarzbier ist hervorragend.

Radio-Vortrag
„Physikalisch-technische Grundlagen der Radiotelephonie“

Sonntag, den 15. März, 1/8 8 Uhr, in der Turnhalle Wilhelmstraße, Vortragender: Ingenieur Dr. Mathy, Telefunkengef. Berlin.

Eintritt 50 Hg. (ohne Steuer) zu Gunsten des Senkmalsfonds für die Gefallenen des Merseburger Lehrenseminars.

Der Denkmalsausch. Radioklub Merseburg.

Hausbesitzer.

Formulare zum Einpruch neuen die geplante Stadtvermehrung sind in unserer Geschäftsstelle kostenlos auszufüllen.

Haus- und Grundbesitzer-Verein.

Gartenanlagen
wie Zier-, Stutz- und Standesgärten sowie sämtliche gärtnerischen Instandsetzungsarbeiten führt in bekannter Weise hier und auswärts aus

E. Hermann, Gartengestaltung, Merseburg, Neumarkt 64.

Lieferung von Baum- und Pflanzenmaterial in toller Preisliste 1a. Fernreisen.

Pa. Speisekartoffeln

„Industrie“
handverlesen und frostfrei, ab Lager in Sackern und Fudren zum billigsten Tagespreis. Lieferung frei Haus!

Für Wiederverkäufer billige Bezugsquelle auch in Ladungen.

Kurt Fregang, Kartoffel- Großhandlung, Gr. Ritterstr. 5 u. 7, Tel. 434

Für den Bezirk Merseburg suche ich einen bei der einschlägigen Kundenschaft bestens eingetragenen

VERTRETER
gegen angemessene Provision. Es kommen nur Herren in Frage, die ein intensives Arbeiten gewohnt sind und über Beziehungen zu der in Frage kommenden Kundenschaft verfügen. Anfänger oder Herren, die bereits mehrere Herren vertreten, kommen nicht in Frage. Später entl. Erreichung eines Auslieferungslagers. Selbst Aufsuchen erbeten an **Willy Steinrich,** Seifen-Parfumerien, Magdeburg, Berststraße 81 b.

Homöopathie
3 Locher
Willy Fuchs
Willy Fuchs
Sprechstunden 9-11
nachmittags u. 3-5
Reinhardstraße 12.
Tel. 249 — Tel. 942.

2 wachsame Sündinnen
Dobermann u. Schäferhund verkauft
Wolgara, Gernitz Nr. 7.

500—1000 Mk. Betriebskapital
gegen hohe Zinsen zu vergeben gesucht. Angebote unter **D. O. 13** an die Expedition dieses Blattes.

Laden mit Wohnung
per 1. Oktob. eint. früher od. spät. gesucht. Ang. u. **N. N. 14** a. d. Exp. d. Bl.

Suche größere Lagerräume
einf. zur Einrichtung einer Reparatur-Werkstatt. Angebote unter **N. N. 55** an die Geschäftsst. d. Bl.

Suche für meine Tochter, welche Ofter die Schule verläßt, Stellung in best. Deutsch. Betriebe. Zuschr. erbittet **Boaler, Steiner, Spargau.**

Gepedeter Tafel-Wagen
Schlitten (Ginpannia), Vierhler Jagdwagen, zwei ältere Bestellen zu verkaufen.
Halleckstraße 14.

Praxis für Homöopathie u. Biochemie
Sprechstunden: 10—12 vorm. und 3—5 nachm.
O. Braek, Merseburg, Lennaer Str. 24

Die **Blanke-Werke G. m. b. H.** in Berlin n. Merseburg bringen

Gold-M. 750.000.- 7%ige Hypothekar-Obligationen

zur Ausgabe.

Verzinsung auf Basis von 10000 Stück zu je Goldmark 75.— und mit ganzjährlichen Zinscheinen per 2. Januar jeden Jahres versehen, von denen der erste am 2. Januar 1925 fällig ist. Die Rückzahlung ist bis zum 2. Januar 1929 ausgegliedert. Von da an erfolgt diese nur durch Auslösung mit jährlich 2% zusätzl. erparierter Zinsen zum Nennwert. Gesamtrückzahlung ist eine 7%ige Goldobligation über Goldmark 75.— gesichert werden kann. Durch die Ausgabungnahme der alten Obligationen mit 25 Goldmark werden also die dem Angebot entsprechende eingetragenen Obligationen, die gemäß der dritten Steuernotverordnung auf 2,16 Goldmark aufzuwerten sind, nicht nur voll, sondern mit mehr als 160% des eingetragenen Goldmarkbetrages aufgemerkt. Außerdem genießen die sofort eine wertheländige Verzinsung von 7%, wogegen erbitzt mehr, als nach der dritten Steuernotverordnung für die nur mit 15% aufgemerkten Beträge gezahlt werden müßte.

Die alten Obligationen, die nicht obigem Angebot entsprechend eingereicht werden, erfahren eine Behandlung gemäß den Bestimmungen der dritten Steuernotverordnung.

Unsere Obligationäre, die von dem vorteilhaftesten Angebot Gebrauch machen wollen, werden gebeten, sich direkt, oder durch Vermittlung ihrer Bank bis zum 10. April 1924 an die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig zu wenden.

Berlin und Merseburg, im März 1924.

Blanke-Werke G. m. b. H.

Gesucht zum 15. März oder 1. April ein fauberes, ehrliches

Mädchen
für alle Hausarbeiten. Frau Zinsepel, Bader, Tautau 6. Deuben.

Suche zum 1. April ehrliches, lauberes

Mädchen
Frau Lotte Meth, Dampfjahnplatz Köpchen

Ein ordentl., jüngeres

Hausmädchen
sofort gesucht.
Frau E. Wege Dorenschicht.

Suche zum 1. April ein fleißiges

Hausmädchen
Schilling, Niederstr. 10.

Weniger Morgen

Acker
im Ganzen oeg. Pöchlitz-gebet an verpachten. Angebot. unt. N. N. 333 an die Gesch. d. Bl.

Die Aussagen des Obersten Seizer.

München, 12. März. Oberst von Seizer, der Chef der bayerischen Landespolizei, wird, wie von Rahr, zunächst unbedeutend vernommen.

Seizer führt u. a. aus: Seit der Errichtung des Generalstaatskommissariats oblag mir als dem Referenten für die Polizei die wichtige Aufgabe der Aufrechterhaltung der Verbindung mit den wasserländischen Verbänden, deren Sammlung zu nationaler Arbeit von v. Rahr als

eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachtet. Nachdem die erste Kraftprobe des Kampfbundes gegen den Staat am 1. Mai mit einem Fiasko des Bundes genehmigt hatte, trat eine gewisse Ernüchterung ein bis zum Neunten Tag in München. Aus Hitler, dem Mann, der der Promittierte eine große Sache sein sollte, wurde der Mann, der allein imstande war, die Geschicke des Reiches zu lenken zu können. Es gab nur noch einen Kampfbund, der allein war wasserländisch oder wölsch. Was nicht zum Kampfbunde gehörte, war entweder Nachwüchser oder separatistisch, oder domoanarchistisch, oder papistisch oder französisch gefärbt. Bayern war nur noch Mittel zum Zweck. Seizer geht dann auf die Haltung des Kampfbundes gegenüber dem Generalstaatskommissariat ein und kommt auf die erste Besprechung mit Hitler gleich in den ersten Tagen nach der Errichtung des Generalstaatskommissariats sowie auf die Besprechung am 30. September im Generalstaatskommissariat mit Boehner, Arleber und Frid zu sprechen.

Am 9. Oktober hatte von Seizer wiederum Besprechungen mit einer Reihe von Führern der wasserländischen Verbände. Am 2. Oktober war er nachmittags in Begleitung Hofjows und des Herrn Winour bei Ludendorff. Bei dieser Besprechung habe Ludendorff ihm das Verprechen gegeben, daß er sich ihm gegenüber loyal verhalten werde. Er werde nichts unternehmen, ohne ihn von der Vorgänge seiner Haltung vorher zu verständigen. Hitler hat sein Verprechen zum 25. Oktober abends, seinen Ruf zu machen, einmal zurückgenommen, als er erfuhr, daß Ende Oktober über seiner Verleumdungen nicht getastet worden waren. Mit erhobener Stimme stellt von Seizer fest, er habe sich niemals damit einverstanden erklärt, im Reichsdirektorium eine Rolle zu spielen. Hitler habe ihn niemals gefragt, ob er damit einverstanden wäre. Der Zeuge geht dann auf die Aussagen Dr. Webers und Hitlers ausführlich ein und ruft mit seinen Ausführungen Lurbe bei den Verteidigern hervor, als er auf den 8. November zu sprechen kommt. Seizer gibt dann eine Schilderung der Vorgänge im Bürgerbräukeller und in der Nacht vom 8. zum 9. November und stellt sich folgendermaßen: Ich wurde frühzeitig darüber unterrichtet, daß Ludendorff und Hitler spätestens am Morgen des 9. November zwischen 5 und 6 Uhr völlig über die Lage unterrichtet waren. So wäre immer noch Zeit gewesen, das Unternehmen wenigstens ohne Blutvergießen abzuwenden. Ich der bewaffnete Demonstrationen, der in Halle und München der Reichswehr führte, mußte

naturgemäß zum Kampfe führen. In diesem Kampfe hat die Landespolizei, Offiziere und Mannschaften, ebenso wie die Reichswehr in unübertrefflicher Haltung, wenn auch mit schwerem Versehen, ihre harte Pflicht getan.

Nach einer Pause von 20 Minuten gaben die Angeklagten Dr. Weber, Hitler, Boehner und Ludendorff Erklärungen ab, welche die Darlegungen Seizers in verschiedenen Punkten als unzutreffend zurückweisen.

Nach einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft beschloß der Gerichtshof, für die Dauer der weiteren Vernehmung Seizers

die Öffentlichkeit auszuschließen, da sie eine Gefährdung der Staatssicherheit bedeuten könnte. Den Vertretern der Staats- und Reichsbehörden wird die Unmöglichkeit geteilt. Die geschlossene Vernehmung beendet die Vormittagsitzung.

Im Hitler-Prozess wurde die Öffentlichkeit der Verhandlung am Nachmittage wieder hergestellt und in der Versammlung v. Rahr's fortgeführt.

Rechtsanwalt Soll stellt verschiedene Fragen, die sich darauf beziehen, ob Herr v. Rahr bei verschiedenen Gelegenheiten von einem „Marx nach Berlin“ gesprochen habe. v. Rahr erwidert, daß diese Fragen alle mit dem Vortrag vom 8. und 9. November nichts zu tun haben, sondern Rechtsanwalt Soll Lokale, es sei der präzise Punkt des Prozesses, nachzutragen, daß die drei Männer tatsächlich den Gedanken eines Marxis nach Berlin gehegt haben. Die Verteidigung wieder dann eine ganze Reihe von Zeugen aufzurufen lassen, denen gegenüber solche Worte gefallen sind. Rechtsanwalt Soll erklärte dann, daß am 9. November vormittags Hofjow zu ihm und zu anderen Herren gesagt habe: Wir wollen in den Staatsrat reich machen, zeitiglich über die Zeit des Reichsausschusses mit nicht einig. Decken Sie (zu Rahr) diese Erklärung

ab. Wenn diese Erklärung im Sinne einer militärischen Aktion gedacht sein sollte, was ich für ausgeschlossen halte, könnte ich sie nicht bedenken. Auf eine weitere Frage v. M. Dolls bemerkt Rahr, daß seine Beziehungen zu Hitler klar und los seien, gewesen seien und daß die Besprechungen mit ihm mit den Vorgängen am 8. und 9. November garnichts zu tun haben. Auf Fragen der Verteidigung, wie sich Rahr den Druck auf den Reichspräsidenten hinsichtlich des Direktoriums gedacht habe und wie die Sache gelangt gewesen sei, wenn Oberst auf jalden Plan nicht eingegangen würde, stellt Rahr fest: man habe gehofft, es werde gelingen, das Direktorium auf legalem Wege über Artikel 48 der Reichsverfassung zu erreichen. Andere Fragen seien überhaupt nicht befragt worden. Rahr betreibt, daß er den Zeitpunkt des Reichsausschusses festzulegen wollte.

Auf eine Frage des Jurizrates Schramm, ob nicht auch von einer preußischen Regierung die Rede gewesen sei, erklärt Rahr, es liege außer Zweifel, daß eine derartige Umwandlung der Reichsregierung einen Wächling auf die preußische Regierung haben würde. Die Frage, ob das auch auf Grund des Artikels 48 gesehen sollte, hat mich nicht angegangen.

Jurizrat Schramm: Sind Sie der Meinung, daß der Staatsrat im Sinne, wie er aufgesetzt wurde, eine legale Aktion sei?

Rahr: Was geplant war, war als legale Aktion geplant. Schramm: Also gibt es auch einen legalen Staatsrat?

Rahr: Den Druck der Gesellschaften kann man auch einen Staatsrat nennen. Auf weitere Fragen erklärt Rahr, es sei richtig, daß ihm von General Seekt militärische Hilfe angeboten worden sei. Er habe aber dafür gedankt, weil er sie nicht mehr benötigte.

M. Semmerer: Wie sollte der Druck auf die maßgebenden Faktoren in Berlin ausgeübt werden und wie sollte dieser Druck durch die Machtmittel des bayerischen Generalstaatskommissars unterstutzt werden?

Rahr: Ich habe schon darauf hingewiesen, daß in dieser Hinsicht der großen Erfolg, im Norden bestanden, Verhandlungen geführt wurden und daß in diesen Verhandlungen Landwirtschaf und Industrie eine sehr wichtige Rolle gespielt haben.

M. Semmerer: Sollte dieser Druck auch ausgeübt werden durch die Reichswehr und andere bewaffnete Verbände?

Rahr: Diese Angelegenheit war zunächst Sache der beteiligten Kreise im Norden. Ueber eine Beteiligung der Reichswehr ist überhaupt nicht gesprochen worden.

Hitler: Mit welchen Persönlichkeiten haben Sie über dieses Direktorium verhandelt?

Immer zu weiter, bis du dich mit grauen Saaten als Geheimrat oder bergleichen zur Ruhe setzen kannst. Aber ist das der Mühe wert? Nein, sage ich, es ist nicht genug. Denn kein Mensch wird von dir und von deinem Schaffen reden. Du wirst immer mit bescheidenen Mitteln auskommen und dich nach der Decke strecken müssen. Wer wenn du der etwige Schöpfer eines neuen, glänzenden Stadtdistrikts geworden bist, eines Stadtdistrikts mit einem riesenhaften Verwaltungsapparat und anderen Monumentalbauten - wenn jebes Kind weiß, daß die dabei Millionen in den Schöpf gefallen sind, dann endlich wird der Traum erfüllt sein, an den ich mich mein ganzes armeliges Leben hindurch geklammert - demüßliche ich alles gepiebt habe, was ich mir etwa selber an Genuß und Wohlleben hätte schaffen können. Willst du mir etwa jetzt antworten, daß du mein Opfer verschmäht, als wäre es nichts?

Er hatte sich in so föhrgarige Erregung hineingeredet, daß seine Brust keuchte, und daß fieberrote Flecken auf seinen Wangen brannten. Demwald betrachtete ihn mit Beforgnis, und einleitend sagte er:

Ich verschmähe gar nichts, lieber Vater! Und wir wollen über diese großartigen Pläne reden, wenn sie zur Ausführung reif geworden sind. Wor der Hand sind sie, wie ich denke, noch ziemlich weit davon entfernt. Die Besitztümer des Terrains ist noch am Leben. Und ob der Erde seinerzeit geneigt sein wird, eine Verpflichtung zu erfüllen, die ihm nötigen soll, ein Millionenerbeft für den vierten Teil seines Wertes zu verkaufen, scheint mir doch recht zweifelhaft.

Er muß sie erfüllen. Dies natorell beglaubigte Dokument läßt ihm keine Wahl. Vielleicht wird er mit einer große Abfindungsumme bieten; aber ich werde mich auf nichts einlassen - auf gar nichts. Die Behauptung des Millionengartens ist mein Lebenswerk. Darum lasse ich mich nicht bringen.

Mit einem Achselzucken gab der Baumeister jede weitere Einwendung auf. Er sah in dem allen auf ein Hirngespinnst seines Vaters, und es dünkte ihm Torheit, sich darüber zu erregen. Auch wenn es mit jenem merkwürdigen Dokument seine Nichtigkeit hatte, der Vater würde ja doch niemals imstande sein, die reitige Kaufsumme aufzubringen, und damit fiel das ganze phantastische Projekt von vorn herein in sich zusammen. Der alte Mann würde das mit der Zeit selbst einsehen. Möchte er sich bis dahin immerhin in seinen überföhngenden Hoffnungen glücklich föhlen.

„Warten wir also ab?“ sagte er freundlich. „Und nun möchte ich dich um eine Auskunft bitten: Häst du den Doktor Wabelung für frant?“

„Wie kommt du darauf?“

„Ich fand ihn schlecht aussehend und fast erschöpfend gealtert. Auch sein Wesen schien mir unruhig und zerfahren als sonst, obwohl er sich augenscheinlich sehr viel Mühe gab, lebenswürdig und aufgeräumt zu sein. Es würde mir sehr lieb sein, wenn mein Vater mich davon berichtet worden wäre.“

Der Bureauvorsteher hatte sich wieder neben ihn gesetzt. Mit dem Augenblick, da sie aufstehen, von seinem Zukunftspaar zu reden, kehrte auch seine gewöhnliche Ruhe zurück.

„Du hast keine Veranlassung, ihn zu bedauern. Jeder entset, wie er geföhrt hat. Hätte er das Seine zusammengehalten, hätte er jetzt nicht vor dem körperlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruch.“

„Reibst du im Ernst, Vater? Ist es so föhnt?“

„Ich weiß es nicht genau“, wich der Bureauvorsteher aus. „Und ich verheie nicht, weshalb es dir nahe geht. Dir kann es ja am Ende gleichgültig sein, ob Früulein Witelote eine gute Partie ist oder eine schlechte.“

Rahr: Ich habe mit niemand gesprochen, wenn er nicht vorher ausdrücklich erklärt hat, daß eine genaue Mitteilung nicht in Frage komme. Ich habe auch mit Hitler und mit Seizer darüber gesprochen.

M. Roder fragt dann, ob Rahr in der Nacht vom 10. zum 11. November in der Infanterieleserne zu einem Tischgespräch geöhrt hätte: Wir haben das gleiche gewollt wie Hitler, aber Hitler hätte noch ein bißchen warten sollen. Dieser Tischgespräch war auf Hitler bezichtigt.

Jurizrat Seiffert: Während des Stiefens hat Rahr sehr angefangen und gesagt: „Hitler und ich haben dasselbe gewollt. Hitler ist nur vorgepfeift.“

Rahr: Ich lehne ab, daß ich gesagt habe, daß Hitler und ich dasselbe gewollt haben.

M. Semmerer fragt dann auf den Fragenkomplex Boehners, daß Rahr sich nicht mit dem beabsichtigten Ernennung zum Zivilkommissar zu sprechen. Es dreht sich darum, daß die Verteidigung behauptet, es sei das Wort „Zivilkommissar“ gefallen, während Rahr „Zivilkommissar“ gesagt haben will. Rahr verneint zunächst die Frage, ob Boehner deshalb zu ihm gekommen sei, um ein Wort zu erhalten. Man erklärt bei diesem Frage- und Antwortspiel, daß Boehner im Auftrag Eberhards die Unterredung mit Rahr gewünscht hätte, weil er in Nordbayern ein Aufmarschgebiet bezw. Operationsgebiet erhalten wollte. Rahr hält es für ausgeschlossen, daß er den Ausbruch „Zivilkommissar“ gebraucht habe. Boehner erklärt darauf, er bestimme sich genau an den Ausbruch „Zivilkommissar“ in Sachen und Ehringen.“ Ich frage Rahr wiederholt, was dann eigentlich meine Funktion sein sollte als Gouverneur, und darauf antwortete er, das regelte sich so, daß dem Reichswehrkommandeur ein Zivilkommissar beigegeben wird. Die Fragen und Antworten über die Ernennung eines Zivilkommissars für Ehringen und Sachen gegen noch längere Zeit weiter, führen aber zu keinerlei bemerkenswerten Darlegungen mehr.

Der Vorsitzende schlägt Vertagung vor. Der Staatsanwalt ersucht, morgen den Rechtsanwalt Ruffbaum zu vernehmen als Zeugen über die Gesellschafung.

Die Sitzung wird vertagt auf Donnerstag vormittag 9 Uhr. Ueber die Vernehmung Ruffbaums wird noch Beschluß geföhrt werden.

Der Parkimer Mord vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 12. März. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann am heutigen Mittwoh unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrates Dr. Meißner der Parkimer Mordprozeß gegen die Angeklagten Rudolf Höß, Bernhard Juchacz, Karl Jabel, Georg Pfeiffer, Willi Jens und Emil Wiemerer, die bestrafung sind, am 31. März vor. Es den landwirtschaftlichen Arbeiter Walter Radow, weil dieser im Bereich fand, ein kommunistischer Stempel zu stechen, mißhandelt und schließlich ermordet zu haben. Weiter und noch haben Angeklagte der Verhöle bestrafung. Es wird zunächst der Angeklagte Höß vernommen, der zur Anklage angibt, daß er Radow als Führer der Jugendbewegung kennen gelernt habe. Gleichzeitig habe er aber erfahren, daß Radow früher Kommunist gewesen sei. Der Präsident fragt den Angeklagten: Bestand bei den Mißhandlungen die Meinung, daß Stempel befestigt gebracht werden mißten?

Der Angeklagte erwidert, daß er hieron nichts wisse. Höß gibt hierauf eine ausführliche Schilderung der Mißhandlung des Radow. Daraus ergibt sich, daß Radow in geraden bestialischer Weise umgebracht wurde. Radow ist erst Antippenklagen an dem Kopf bestrafung worden war, wurde er in eine Leinwand geschleppt. Hier kamen noch weitere Kameraden hinzu und Juchacz sagte, man solle Radow den Genadenfuß geben. Hierauf seien Schäfte gefallen, doch betretete Höß, daß er geschossen hat.

Präsident: Willen Sie, daß Wiemerer dem Radow die Kehle durchgeschnitten hat?

Der Angeklagte meinte, das habe er später gehört. Im übrigen betretete Höß, daß er geschossen habe. Am nächsten Morgen habe er und Jabel die Leiche vergraben.

Ueberlebensanwalt Dr. Ebermeyer fragt, ob nicht der Abgeordnete Grafe angeordnet habe, daß sich der Verein für

Der Millionengarten

Roman von Reinhold Drimann.

[19.] (Nachdruck verboten.)

Nicht aus eigenem natürlichen. Soweit hat ich leider noch nicht gebracht. Aber mit einem solchen Schicksal in der Tasche findet man in Berlin das Geld auf der Straße. Ich brauche mich nur an die erste beste Hypothekbank zu wenden, und man zahlt mir unbedenklich das Doppelte auf den Tisch.“

„Wohl. Ich kann dir nur wünschen, Vater, daß deine Erwartungen und Berechnungen sich als richtig erweisen. Besonders, wenn ihr Föhlschlagen wie es scheint, für dich nichts weiter als den Verlust einer söhnen Hoffnung bedeuten würde.“

Ueber das fältige Gesicht des Bureauvorstehers ging ein nerbliches Zucken: für einen Moment waren die scharfen Linien um Mund Nase wieder so tief eingeknickt wie in seinen bedrücktesten und sorgenvollsten Stunden.

„Hast du schon mal von einem Riesengemine gehört, zu dem man auf ganz ungerühmlichen Wege hätte gelangen können? Ein Mißho ist sehr verständlich dabei. Bei meinen bescheidenen Mitteln groß genug, um mich zurecht zu richten, aber lächerlich geringfügig im Vergleich zu dem Ertrag des genannten Stills. Sage mir nicht etwa, Junge, daß es unklug ist, alle meine Habe auf eine einzige Karte zu setzen. Ich bin darum immer noch kein tollkühner Spieler. Und wenn ich es wäre, so hätte ich am allerwenigsten Veranlassung, mir einen Borwurf daraus zu machen. Denn ich tue es doch nur für dich.“

„Das höre ich nicht gern. Ich brauche keine Reichtümer. Meine Zukunft ist hinlänglich gesichert.“

„Bist du so genigant? Oder so träge? Stimmt in dir denn wirklich kein Funke von dem Feuer, das mich mein ganzes Leben hindurch aufgezehrt hat? Soll ich umsonst meine Hoffnung auf dich setzen und mich umsonst für ihre Erfüllung gepiebt haben?“

„Das verheie ich nicht, Vater. Ich meine, daß ich bis jetzt so ziemlich gehalten habe, was du berechtigt warst, von mir zu erwarten.“

„Gewiß - gewiß - ich mache dir keinen Borwurf. Du hast es auf deinem Wege genau so weit gebracht, wie es jeder mittelständig begabte Mensch auf ihm auch gebracht hätte. In zehn Jahren wirst du Vaurat sein und dann

Landwirtschaftliche Berufsausbildung gesetzlich geregelt.

Der Angeklagte gibt an, daß er persönlich nicht mit Strafe bedroht werden könne.

Es folgt die Vernehmung der Angeklagten Jabel, Jenz und Pfeifer, welche zugeben, an der Mißhandlung des Kadow beteiligt gewesen zu sein, aber jedenfalls befreiten sie, den Kadow erschossen zu haben.

Der Angeklagte Wiemeyer, Mitglied der Deutsch-völkischen Freiheitspartei, sagt aus: Als er dem blutdürstigen Kadow gefolgt habe, habe ihn der Blutraub gepackt und er habe ihn federweiser gezogen und es Kadow in die linke Halsader gestochen. Wiemeyer muß genau schildern, wie er den verhängnisvollen Schmitt getan hat.

Der Gerichtshof beschließt die sofortige Inhaftnahme Vormanns wegen Verdunkelungsgefahr.

Darauf wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Der Anteil der Braunkohle an unserer Kohlenversorgung.

Durch die Abtretung des wichtigen Kohlenbergbaubereiches Ost-Preussens, die Entziehung der Saarohle und die Reparationslieferungen an die Entente wurde die deutsche Kohlenwirtschaft grundlegend umgekehrt. Vor dem Kriege konnte nicht nur der heimische Bedarf mit hochwertiger Kohle gedeckt werden, sondern darüber hinaus war noch ein sehr erheblicher Kohlenausfuhr-Überschuß möglich. Im Jahre 1922 lieferten wir insgesamt 12 632 265 Tonnen Reparationskohle an Frankreich und Luxemburg. Im Jahre 1923 erreichte infolge der Ruhrbesetzung trotz aller französischer Vermählungen die Gesamtlieferung nur 4 882 100 T. Steinkohle, die ungefähr 28% der stromwirtschaftlichen Anforderungen. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß wir unter Interesse in verstärktem Maße der Braunkohle zuzuwenden mußten. So hatte die deutsche Kohlenwirtschaft des Jahres 1913 im Monatsdurchschnitt eine Steinkohlenförderung von 1,8 Millionen Tonnen und eine Braunkohlenförderung von 1,6 Millionen Tonnen, während der Monatsdurchschnitt des Jahres 1922 nur eine Steinkohlenförderung von 1,2 Millionen Tonnen, dagegen bereits eine Braunkohlenförderung von 2,6 Millionen Tonnen ergab, wobei hier Braunkohle und Pechkohlen nach den mit der Reparationskommission vereinbarten Sätzen auf Steinkohle umgerechnet sind. Die Förderung von Braunkohle nahm im Laufe der letzten Jahresjahre einen großen Aufschwung. Noch im Jahre 1923 wurden nur 25 Millionen Tonnen abgebaut. Bereits 1913 1913 rieg die Förderleistung auf 87 Millionen Tonnen und erreichte im Jahre 1922 die stattliche Höhe von 137 Millionen Tonnen. Die Bruttoerzeugung allein belief sich im Rechnungsjahr 1922 auf 29 Millionen Tonnen, die der Rohbraunkohle für Industriezwecke im gleichen Jahre auf 85 Millionen Tonnen.

Neben der durch technische Vervollkommnung immer rationeller gestellten Teereraubente und neben dem aus diesem Produkte ausfraktionierten Paraffin spielt neuerdings eine Anzahl weiterer ebenfalls aus dem Braunkohleerzeugnis gewonnenen wie eine große Rolle, da diese Schweröle als Brennstoff für die immer größer werdende Zahl der langenden Motoren dienen. Endlich sei noch auf die durch besonderes Verfahren aus der Kohle gewonnenen Heizstoffe in Form von Brudelfos hingewiesen, die in letzter Zeit im Haushaltungsbedarf einen bevorzugten Platz erobert hat.

Die gesamten Braunkohlenvorräte des deutschen Reichsgebietes werden im ganzen auf 3,7 Billionen Kilowattstunden geschätzt, wobei ein Kilogramm Braunkohle = 0,23 Kilowattstunden gesetzt wird. Mit Rücksicht auf die Reparationslieferungen an Frankreich — wir lieferten im Jahre 1923 insgesamt 156 800 Tonnen Braunkohlenbriketts dorthin — möge endlich noch erwähnt werden, daß die Förderung Frankreichs im Jahre 1918 noch etwa 1,4 Millionen Tonnen, 1922 jedoch nur noch 0,8 Millionen Tonnen, also durchschnittlich nur 0,8% der deutschen Förderung erreichte.

Die Beamtenspartei?

Berlin, 12. März. In Kreisen der Berufsbeamtenschaft wird wiederum die Frage einer eigenen Beamtenspartei erzwungen. Die Gründe zu derartigen Plänen sind nur allzu leicht verständlich. Einmal liegt vor jeder Reichstagswahl die Gründung von neuen Parteien gemietetmaßen in der Luft. Zum anderen aber kann nicht verkäuflich werden, daß der Beamtenschaft in der letzten Wahlperiode ein Gespielt wurde. Ein Beamtentag nach dem anderen ist gefallen, ohne daß die „Regierungsparteien“ auch nur einen Finger trumm machten für die Beamtenschaft.

Die Ereignisse der letzten Monate haben die Berufsbeamtenschaft gegenüber unserem Parlatenweh verstimmt. Deshalb glauben die Kreis der Berufsbeamtenschaft, daß nur eine eigene Beamtenspartei in der Lage wäre, die Belange des Berufsbeamtentums wahr zu führen. So wird insbesondere ein derartiger Plan haben mag, so muß doch gesagt werden, daß seine Verwirklichung einen vollkommen negativen Erfolg erbringen wird.

Die Befürworter einer eignen Beamtenspartei verkennen zunächst, daß auch eine Interessenvertretungspartei auf politisch einseitige Basis haben muß. Das aber wäre bei einer Beamtenspartei durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil, eine Beamtenspartei würde politisch die schärfsten Gegenüber in sich vereinigen.

Eine solche Partei müßte, um sich selbst zu bewahren, allen politischen Entscheidungstragen gegenüber sich indifferent verhalten. Damit aber würde sich die Beamtenspartei vor der Öffentlichkeit lächerlich machen. Wäre die Beamtenspartei dem besagten und auch ihrerseits ihre Stimme bei politischen Fragen in die Waagschale werfen, dann wäre ihr sofortiger Zerfall gekommen.

Der wichtigste Gesichtspunkt jedoch, der gegen eine Beamtenspartei spricht, liegt darin, daß eine Beamtenspartei die Absonderung der Berufsbeamtenschaft vom Volkspartei bedeutet. Die Beamtenschaft hätte für die Beamtenspartei eine Interessenvertretungspartei sein. Der Erfolg wäre, daß etwa alles gegen die Beamtenspartei ründe. Da aber die Beamtenspartei in der Minderzahl ist, würde dann diese Beamtenspartei nicht die Beamtenspartei haben, die Beamtenspartei zu wählen, sondern sie würde mit allen ihren Interessen, schon und während der Wahlperiode des kommenden Reichstages abfallen.

Die Befürworter einer Beamtenspartei vergessen, daß es sehr wohl Parteien gibt, die die Staatsverwaltung kraft des Berufsbeamtentums zu schaden verleben. Diese Parteien müßte die Berufsbeamtenschaft stören, um über diese Parteien die eigenen Interessen wahr zu führen. Mit dieser Idee der Beamtenspartei ist die Beamtenspartei nicht zu bringen, daß der Beamtenspartei von den „Vorbereitungen“ gefaßert wird.

Die Breite landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Betriebsmittel.

Mit den geringfügigen Preisermäßigungen für eine Reihe von Bedarfsgegenständen der Landwirtschaft, wie Kohle, Stabelfen, Superphosphat, Maschinen, Seiler- und Webwaren; hat sich ebenfalls eine weitere Senkung der Preise für Getreide, Milch, Butter, Öfen und Schweine wolkogen. So zeigt uns ein Vergleich der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit denen für landwirtschaftliche Betriebsmittel, daß in dem wichtigsten Wirtschaftskreis bis heute keine Besserung für die Landwirtschaft eingetreten ist.

Am Friedensstande gemessen betragen die Preise für Kartoffeln 90 Proz., Roggen 80 Proz., Schweine 95 Proz., Öfen 65 Proz., nur Milch und Butter halten sich etwa 20 Prozent (2) über den Vorkriegspreis.

Wie aber steht es mit den Preisen für die Betriebsmittel der Landwirtschaft aus? Sie liegen durchschnittlich um 40 Proz. über dem Friedensstande. Im einzelnen betragen die Preise heute für Kohle 175 Proz., Superphosphat 148 Proz., Maschinen 150 Proz., Stabelfen 130 Proz., Seiler- und Webwaren 125 Proz., Lederzeug 115 Proz., Stallbänke und Stallstoff 95 Proz. der Vorkriegspreis.

Im Frieden war das deutsche Reich als das billige Land der Welt bekannt und berühmt. Es liegen durchschnittlich die Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft fast zugrunde liegen, so sind wir es heute noch. Und die deutsche Landwirtschaft wird sich auch noch gern mit den zurzeit zu erzielenden niedrigeren Preisen begnügen, falls sich ihre Verhältnisse durch diese Preisen anpassen würden. Dies Ziel zu erreichen, besteht für die Landwirtschaft die große wirtschaftspolitische Aufgabe der deutschen Landwirtschaft. Es sollte auch die erste Aufgabe deutscher Wirtschaftspolitik überhaupt sein; denn nur durch die Wiederherstellung geordneter Zustände, wozu in erster Linie ein gelungenes, die Erzeugung lebendiges Verhältnis in der Preisgestaltung gehört, kann die deutsche Wirtschaft wieder aufblühen. Heute liegen die Dinge leider so, daß wir einen beträchtlichen Rückgang der deutschen Landwirtschaft zu verzeichnen haben, der hauptsächlich durch die ungünstigen Preisverhältnisse herbeigeführt worden ist, zu einem nicht geringen Teil allerdings auch auf der geradezu unerhörten Steigerung der öffentlichen Zinsen beruht. Der letzte rote Pfennig lösen wir in einem solchen Zustand zu bezahlen, schon wie ein gesprochen werden kann, wundert auf Grund der ungeheuren steuerlichen Belastung in die Kassen der Finanzämter — zum Nachteil der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung — zum Schaden der heimischen Industrie! Wer das noch nicht erant hat, der lasse sich durch die völlige Mittelstellung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft belehren, was der D. N. L. zu tun ist, um die deutsche Landwirtschaft wegen Geldmangels in diesem Jahre gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres für Stallstoff um 40 Proz., für Kali um 30 Proz. und für Phosphorsäure gar um 65 Prozent zurückgeben ist. Dieser beträchtliche Rückgang des Verbrauchs an Futtermitteln wird naturgemäß die Ernährung des Volkes, die Ernährung der Industrie beeinflussen. Auf diese Weise aber ist die Ernährung des deutschen Volkes aus dem Fesseln der ausländischen Abhängigkeit nicht herauszuführen.

Im übrigen beweist dieser Düngeverbrauchsrückgang, wie sehr das Wohlergehen der deutschen Industrie vom Wohlergehen der heimischen Landwirtschaft abhängig ist. Und heute, da die Ausfuhrmöglichkeiten unserer Industrie nicht mehr, sondern ausnehmend gering sind, ist auf den heimischen landwirtschaftlichen Wirtschaftszweig angewiesen. So liegt es im weitestgehenden Interesse der Industrie, durch die Anpassung ihrer Preise an die der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Landwirtschaft die Anschaffung ihrer notwendigen Betriebsmittel zu ermöglichen und dadurch eine Beschäftigung der deutschen Wirtschaft herbeizuführen, die allen Schichten des deutschen Volkes zum Segen gereichen wird.

Die Arbeit der Palzkommission.

Weser, 12. März. Die von der Rheinlandkommission zur Prüfung der Palzfrage abgeordnete Sonderkommission ist im Laufe des gestrigen Tages hier eingetroffen. Die Mitglieder der Kommission haben morgen früh um neun Uhr — Der diplomatische Berichterstatter des „Dail Telegraph“ schreibt, die Bedeutung der Arbeiten der alliierten Unterkommission von drei Mitgliedern, die nach der Palz zurückgekehrt ist, habe eine Einschränkung erfahren, die anheimelnd in London nicht gleich erkannt worden sei; denn angeblich würde ihre Tätigkeit nicht aufgehört worden sein. Der Ausbruch des Krieges hat die Verhandlungen zwischen den von den Befehlshabern vorgenommen worden seien, „sich nicht in den Lauf der Gerechtigkeit einmischen“, mit anderen Worten, er werde nicht in der Lage sein, diese Behörde über die von ihnen angeordneten gerichtlichen Befolgungen zu befragen, oder Befragene zu benennen, von denen sich die in der Mitteilung von Kriegsgerichtigen der Palz oder in Mainz entgegengefallen, werde, also eine seiner wichtigsten Pflichten nicht erfüllen können.

Eine unerhörte Zumutung.

Koblenz, 12. März. Ein bemerkenswertes Licht auf die Annahme der französischen Propaganda wirkt eine Nachricht, derzufolge französische amtliche Stellen an die deutschen Verwaltungsbehörden mit dem Ersuchen herangetreten sind, die bei der Werbung für den Verkauf von französischem Getreide und Tendenzliteratur in deutscher Sprache zur Unterstützung in die deutsche Bevölkerung mitzuwirken. Selbstverständlich ist von deutscher Seite dieses Ansinnen energig zurückgewiesen worden.

Jülich, 12. März. In Schwäger Zeitungen wird Behauptung über französische Propaganda geführt, die von der Schwäger über die deutsche Bevölkerung in der Provinz französischer Propaganda-Aktion geht von Karlsruhe aus, von wo mit Hilfe der edelgütigen Post den Bürgermeistern

des besetzten und unbefestigten Westens und Flugzeugfeld zugeandt werden, in denen die deutsche Regierung für die große Notlage des besetzten Westens verantwortlich gemacht wird. In französischen Zeitungen ist bereits die Frage erörtert worden, ob die einseitige Politik durch die Besetzung früher Druckwerke sich zur Zerstörung der französischen Propaganda machen will, die geeignet ist, das französische Ansehen im Ausland zu distrahieren.

Poincarés Kampf gegen die Inflation.

Paris, 12. März. Der gestrige Ministerrat unter dem Vorherrsche Poincaré hat sich mit den Maßnahmen zur Inflation und gegen die Teuerung, ferner mit der Frage der Kammerwahl befaßt. Ueber die Wahltermini ist eine Einigung noch nicht erzielt worden, nachgehinkt aber werden bei der Senat Änderungen an den Regierungsentwürfen. Ein Sparkommission eingesetzt, die Maßnahmen zur Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben ermitteln soll. Offiziell wird darauf hingewiesen, daß die Regierung nicht daran denke, das Statut umzuändern, oder die Dauer der Legislaturperiode der Kammer durch die Einberufung der Nationalversammlung zu verlängern. Es heißt fest aber schon fest, daß der Senat Änderungen an den Regierungsentwürfen vornehmen wird. Da die Regierung sich aber mit einer Vorkonferenz festzusetzen einverstanden erklärt, so müßte verfassungsgemäß die Nationalversammlung einberufen werden, um die letzte Entscheidung herbeizuführen.

Die Pant von Frankreich zeigt sich in den aus den ausländischen Währungsfragen. Die Regierung hat sich in der Betreff die insbesondere in Amerika und England, da sie immer noch der Ueberzeugung ist, der Franzosiz leiht sich auf Spekulation zurückzuführen. Nach einer Radio-Rede hat ein amerikanisches Bankentfortium unter Führung von Morgan beschlossen, der französischen Regierung einen Kredit von 50 Millionen Dollar aus drei Monaten zu 3 Prozent anzubieten. Dem „Echo de Paris“ war keinerlei Bestätigung oder Dementi dieser Nachricht an zuständiger Stelle zu erhalten, doch scheint alles darauf hinzudeuten, daß diese Anleihe tatsächlich zustande kommen wird.

Das neue englische Vandalismus.

Londen, 12. März. Die gestrige Unterdunkung Macdonalds im Unterhaus, daß die englische Regierung das englische Vandalismus über die Reparations- und Sicherungspläne veröffentlichte, wurde, wird in unterrichteten Kreisen allgemein dahin kommentiert, daß die englische Regierung beabsichtigt sei, der französischen öffentlichen Meinung begründlich zu machen, welche Forderungen Frankreichs von dem Monat an 3 Prozent anzubieten. Die eigene öffentliche Meinung angenommen werden können.

Man kann die unannehmbaren französischen Forderungen nach drei Punkten gruppieren:

1. England kann Frankreichs Diktum nicht garantieren, solange die französische Regierung durch die ungeliebliche Besetzung des Ruhrgebietes jeden Anspruch in Anspruch zu nehmen verweigert werden kann, bei denen es völkerrrechtlich im Recht wäre.

2. England hat nicht die Pflicht, wie es immer von Frankreich gefordert wird, allen neuen Staaten im Osten und Südosten Europas über die Bestimmungen der Völkerrrechtssatzungen hinaus eine Unverletzlichkeit ihrer Gebiete zu garantieren.

3. Die englische öffentliche Meinung lehnt eine genaue durchgearbeitete Militärs- und Marinekonvention, wie sie Frankreich bisher gefordert hat, ab.

Das neue englische Vandalismus über die Sicherungspläne wird einen interessanten Licht enthalten. In der Sitzung des Unterhauses am 12. März, die von dem Premierminister Lloyd George am 12. März 1923 bei der Konferenz der Alliierten zur Erörterung gestellt hätte, wenn nicht Frankreich im zwischen in das Ruhrgebiet einmarschiert wäre. In gut unterrichteten englischen Kreisen wird sogar angenommen, daß Bonar Law ungewollt den Ausreißer beabsichtigt hätte, die Forderungen der Franzosen bei der Jahresende 1922/23 mitgeteilt hätte, Abhängig, die dem damals geschwollenen französischem Wochenschein nicht genügt, und der französischen Regierung den Gedanken nahegelegt haben, sich aus diesem Grunde das zu holen, was ihm England nicht in genügender Umfange gewähren konnte.

Bonar Laws Plan schied darin, auf Grund eines Vertrages zwischen Deutschland und den Westmächten einen breiten Streifen des deutschen Gebietes am Rhein vollständig zu entmilitarisieren, d. h., daß in diesem Gebiet weder militärische Anlagen noch Garnisonen von Deutschland unterhalten werden sollten, so daß die Westmächte dieses Gebiet gemeinsam gegen den Einmarsch von Truppen besetzen könnten. Die vollständige Entmilitarisierung hätte überwaht werden, und die Westmächte müßten gemeinsam dieses Gebiet gegen den Einmarsch von Truppen garantieren. Die vollständige Entmilitarisierung müßte überwaht werden von Vertretern des Völkerrrechts, da der Rheinlandvertrag ein regionales Abkommen ist, das nicht von der Gesamtheit der Völkerränder gebildet wird.

Die gegenwärtige Regierung dürfte von den Vorkäufen Bonar Law ausgehen, sobald die Sicherungsfrage aktuell wird, und zwar nach zwei Richtungen hin. Der Plan Bonar Law wird gedacht entweder auf 30 oder 99 Jahre. Ferner dürfte die Bestimmungen über die Entmilitarisierung des Rheinlandes, die Frankreich in Zukunft im Lauf der schwankenden politischen Entwicklung haben könnte, erforderlich made.

Die englische Veröffentlichung über die Reparationsfrage wird die englischen Reparationsvorschläge von August 1922 und Juli 1923 (herangezogen aus den Berichten des Lord Curzon) mit der letzten Forderung von Krupp, die im August 1923 enthalten ist, entgegen. Der belgische Einpruch gegen die vollständige Veröffentlichung dieser Pläne richtet sich im wesentlichen dagegen, daß vertrauliche Besprechungen der Ministerräte mit veröffentlicht werden sollen.

Turnen, Spiel und Sport.

Krupp-Asche Sieger im 12. Berliner Gedostagereinen. Das 12. Berliner Gedostagereinen fand am Mittwochabend 10 Uhr seinen Abschluß. Die zahlreichen Strafturner der letzten 24 Stunden hatten das Feld der ersten Tage völlig verödet. In der Spitzengruppe lagen bei den Turnern die Italiener Ollyeri-Domani, von denen Krupp-Asche den ersten Preis mit 413 Punkten, Ollyeri-Domani den zweiten Preis mit 123 Punkten davontrugen. Eine Runde zurück lagen die vier anderen Paare, von denen Krupp-Asche mit 470 Punkten den dritten Preis erlangte. Die Punkte der letzten Runde von Krupp-Asche waren 270 Punkte. Die Punkte der letzten Runde von Krupp-Asche waren 196, Ollyeri-Domani 97 Punkte. Die zurückgelegte Strecke betrug 4511 Kilometer und übersticht damit den Weltrekord um 37 Kilometer.